

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ENERGIEPLANUNG!



EINES TAGES, MEIN SOHN, WIRD DIES ALLES DIR GEHÖREN, UND DEINEN KINDERN, UND DEREN KINDERN...

ATOMKRAFT? NEIN DANKE!

VORAN - Broschüre 2,50 DM

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ENERGIEPLANUNG! ATOMKRAFT? NEIN DANKE!

"Ohne Atomkraft gehen 1985 die Lichter aus!" - So heißt es in den Propagandablättchen der Energieversorgungsunternehmen (EVU). Das ist nicht wahr. Erstens bestehen gegenwärtig riesige Überkapazitäten bei den Elektrizitätswerken. Zweitens wird der erzeugte Strom oftmals unwirtschaftlich und unrationell eingesetzt, also sinnlos verschwendet.

Die Energieversorgungsunternehmen stecken in einer Absatzkrise ihres Produkts, des Stroms. Sie sind zwar mehrheitlich in Staats-hand, nutzen aber ihre Monopolstellung rigoros aus. Wie privatkapitalistische Unternehmen sind sie auf Ausweitung und Wachstum bedacht. Ihre Absatzplanung verläuft langfristig. Sie wollen den Strom, den sie produzieren, auch loswerden.

Eroberung neuer Märkte

Nur drei Anwendungsbereiche sind auf Energie in Form von Strom angewiesen:

- ▶ Antrieb von Maschinen, industrielle Fertigung
- ▶ Beleuchtung
- ▶ Information und Kommunikation.

Diese Bereiche machen nur 11% vom Endenergieverbrauch der BRD aus. Doch hier ist der Markt fast gesättigt. Hier läßt sich nicht mehr viel absetzen. Außerdem hat die Wirtschaftskrise 74/75 der Energiewirtschaft einen Strich durch die Rechnung gemacht: Der Primärenergieverbrauch stieg nicht mehr, sondern sank in zwei aufeinanderfolgenden Jahren. Weil die EVU ihren Strom nicht mehr auf den traditionellen Märkten loskrögen, suchen sie neue Absatzmöglichkeiten. Sie planen, den Wärmemarkt zu erobern, der mehr als 50% des gesamten Energieverbrauchs ausmacht. Seit Jahren betreiben sie einen Werbefeldzug: "Heizt mit Strom! Strom ist billiger und sauberer!". Hauptsächlich dafür wollen sie mehr Strom erzeugen - durch AKW's! Ihre Eroberungsstrategie auf dem Wärmemarkt hatte schon teilweise Erfolg: Neun Prozent aller Haushalte werden in der BRD schon komplett mit Strom beheizt, 35% von allem Warmwasser wird elektrisch erzeugt.

Verschwendung durch Heizung

Volkswirtschaftlich betrachtet, ist Heizen mit Strom eine gigantische Verschwendung wertvoller Rohstoffe: Fast 70% der ursprünglich eingesetzten Energiemenge (Primärenergie) geht bei der Umwandlung in Strom oder beim



Transport in Leitungen verloren. Nur 30% kommt überhaupt in den Steckdosen der Haushalte an. Normale Kohleöfen geben mehr als 80% der ursprünglichen Energie als Wärme ab.

Stromerzeugung „nebenbei“

Die Monopolstellung der EVU geht inzwischen selbst manchen Kapitalisten in anderen Industriezweigen auf den Wecker: Sie könnten nämlich fast "nebenbei" die Hälfte des gegenwärtigen Strombedarfs der BRD erzeugen, wenn sie ihren Wärmeüberschuß über Industriekraftwerke leiteten. Doch das wird den meisten von ihnen durch die EVU gründlich vermiest, weil sie dann nicht mehr in den Genuß der erheblich verbilligten "Industrietarife" für Strom kommen. 1960 brachten Industriekraftwerke noch 39% der Stromerzeugung auf, 1976 waren es nur 18%. Absolut ist der "nebenbei" erzeugte Strom sogar von 75 Mrd. kWh (1970) auf 58 Mrd. kWh (1976) gesunken. Würden alle Möglichkeiten systematisch ausgenutzt, in der Industrie "nebenbei" Strom zu erzeugen, dann käme man auf eine Leistung von ca. 30 000 MW. (Eine geheime Studie des Ölkonzerns BP gibt 21 000 MW an). 30 geplante AKW's von je 1 000 MW Kapazität wären überflüssig. (Anfang 1976 waren nur zehn AKW's mit einer



Gesamtkapazität von 3 500 MW in Betrieb!)

Wirtschaftswachstum trotz sinkendem Energieverbrauch

Vor wenigen Jahren noch sollte uns eingeredet werden: "Für Wirtschaftswachstum brauchen wir Energiewachstum!" Heute ist klar: das war eine Propagandaparie der Energiemonopole. Tatsache ist, daß die Wirtschaft wachsen kann, ohne daß die Energieproduktion ansteigen muß.

In den USA wuchs die Produktion seit 1974 um durchschnittlich 3,3% jedes Jahr, während der Energieverbrauch nur um 0,4% anstieg. Mit einer rationelleren und effektiveren Nutzung der Energie zum Antrieb von Maschinen, zum Heizen usw. ist sogar ein Wirtschaftswachstum bei gesenktem Energieverbrauch möglich!

In der BRD lag der Primärenergieverbrauch im Jahr 1976 sogar um 2% niedriger als 1973, während das reale (1) Bruttosozialprodukt im gleichen Zeitraum um 3% angestiegen war. Diese Energieeinsparung kam durch "Marktkräfte" zustande: Wegen der drastischen Ölpreisverteuerung durch die OPEC-Länder, die die multinationalen Ölmonopole für einen weiteren satten Aufschlag zu ihren Gunsten nutzten. Alle Verbraucher wurden zu Einschränkungen und Minderverbrauch (Haushalte) bzw. besserer Energienutzung (Industrie) gezwungen. Doch im großen und ganzen verursachen die blind und chaotisch wirkenden Marktkräfte eine einzigartige Verschwendung aller Rohstoffe und der Energie. Dies wird durch das Interesse der Energiemonopole, möglichst viel zu verkaufen, noch verstärkt.

Bessere Energieausnutzung statt größerer Energieproduktion

In einer im Mai erstellten Studie kommt der baden-württembergische SPD-Vorsitzende Eppler zu verblüffenden Ergebnissen über die Möglichkeiten einer besseren Energieausnutzung. Hier nur einige Beispiele:

Würde die schwedische Art der Wärmeisolierung von Gebäuden in der BRD eingeführt, dann ließen sich 74 % (1) der gegenwärtig verpulverten Raumheizenergie einsparen. Das entspricht 50 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) an Öl oder 27 % des bundesdeutschen Gesamtölverbrauchs!

(Die zur Herstellung der Wärmedämmstoffe verbrauchte Energie würde im Bruchteil eines Jahres wieder eingespart.) Die Baukosten erhöhen sich durch bessere Wärmedämmung um 10-15 %, sind aber nach weniger als 10 Jahren wieder eingespart durch die auf ein Viertel gesenkten Heizkosten. Die Einführung dieser Gebäudeisolierung würde gleichzeitig 240 000 Arbeitsplätze für die Dauer von 20 Jahren schaffen....

Durch Wärmerückgewinnung aus dem Abwasser lassen sich 33-50% der Energie zur Erzeugung von Warmwasser einsparen.

Bei industriellen elektrischen Antrieben gehen 50-70 % der vom Motor abgegebenen

Leistung verloren (durch ineffiziente Konstruktion der Antriebsübertragung oder Fehlanpassung von Motor und Maschine). Schaltete man nur die Hälfte dieser Verluste aus, was technisch leicht möglich ist, dann würden 60 Mio. MWh Strom gespart. Das entspricht der Jahresstromarbeit von 12(1) AKWs mit je 1 300 MW Leistung.

Haushaltsgeräte könnten, was technisch sehr einfach wäre, bei 5-10 % Mehrkosten 2-3,5 mal so sparsam im Verbrauch gemacht werden. Bei konsequenter Anwendung dieser Verbesserung läge der Stromverbrauch der Haushalte selbst dann unter dem heutigen Niveau, wenn in jedem Haushalt je ein Exemplar eines jeden elektrischen Haushaltsgerätes eingeführt würde (... aber so weit ist es noch nicht!).

Leider packt Eppler das Problem auf eine rein technokratische Weise an. Er stellt nicht die Fragen: Warum wird so viel Energie verpulvert? Wer hat ein Interesse daran? Deshalb gibt er auch nicht die Antworten: Die Energiekonzerne wollen möglichst viel Strom, Öl usw. verkaufen, um möglichst hohe Profite zu machen. Das System des Kapitalismus hat seit seinem Bestehen einen zügellosen Raubbau an den Reichtümern der Natur getrieben. Eppler führt alles auf eine vorherrschende Wachstumsideologie und auf die Zügellosigkeit des Menschen an sich zurück. Er zäumt das Pferd am Schwanz auf. Er appelliert an die Menschheit, ihre "vernünftige" Wachstumsideologie aufzugeben und sich zu seiner "vernünftigen" Sparsamkeitsideologie zu bekehren. Dadurch wird sich nichts ändern. Die Verschwendung von Rohstoffen ist in der Funktionsweise des kapitalistischen Systems

selbst angelegt. Sie aufzuheben setzt voraus: das System zuerst aufzuheben.

Riesige Überkapazitäten

Das Jahr hat ungefähr 8 760 Stunden. Ein deutsches E-Werk ist gegenwärtig nur 4 000 Stunden im Jahr ausgelastet. Noch Anfang der 70er Jahre betrug die Nutzungsdauer mehr als 5 000 Stunden pro Jahr. Die EVU haben riesige Überkapazitäten aufgebaut.

Besonders groß sind die Überkapazitäten bei den Hamburger Elektrizitätswerken (HEW). Sie konnten 1977 in 14 Kraftwerken eine maximale Leistung von 3 782 MW erzeugen. In dieser Zahl sind Reservekraftwerke, die bei Störfällen und Reparaturzeiten und bei Verbrauchsspitzen zugeschaltet werden müssen, enthalten. Der bisherige Spitzenverbrauch lag im Dezember 1977 bei 2 050 MW. Die Differenz zwischen Maximalverbrauch und Maximalleistung beträgt demnach 1 730 MW! Im Höchstfall wird also nur 54 % der vorhandenen Kapazität benutzt. Bei einer von der HEW selbst angenommenen Stromabnahmesteigerung von 5,5 % jährlich (dies ist mit Sicherheit zu hoch gegriffen!) werden die heute vorhandenen Kapazitäten noch bis Anfang 1989 ausreichen! Trotzdem sollen demnächst das AKW-Krümme/Elbe mit 1.300-MW und 1982 das AKW Brokdorf/Elbe mit 1.400 MW in Betrieb gehen!

Die Energiemonopolisten sind wegen dieser Überkapazitäten gezwungen, einen Propagandafeldzug zur Stromverschwendung in Gang zu setzen und den Haushalten elektrische Leistungen aufzuschwatzen.

Strom - Preis - Profit

Die Energieversorgungsunternehmen befinden sich in öffentlicher Hand. Die "Politiker" bestimmen aber wenig über ihre Geschäftspolitik. Die EVU-Manager steuern umgekehrt die politischen Entscheidungen von Parlamenten und Regierungen.... "Der Schwanz wackelt mit dem Hund." Die EVU-Manager verhalten sich genau so wie private Unternehmer: Ihre Devise heißt: Strom möglichst teuer und möglichst expansiv verkaufen!

So haben die HEW (trotz Überkapazitäten!) ihre Strompreise für die privaten Haushalte von 1972-74 um 54 % erhöht! Die billigen Sondertarife für industrielle Großabnehmer blieben gleich. Ein Haushalt zahlt 10-15 Pfennig pro kWh, die Industrie nur 2-4 Pfennig. Von jeder Mark Stromrechnung, die ein privater Haushalt bezahlt, gehen mindestens 30 Pfennig indirekt als Preissubvention an einen industriellen Großabnehmer.

Neue Preiserhöhungen hat der Verband deutscher Elektrizitätswerke angekündigt. Die Milliarden (Fehl-)Investitionen in riesige (Über-)Kapazitäten müssen sich ja

schließlich lohnen... Die privaten Stromverbraucher müssen sie durch Preiserhöhungen bezahlen. Denn AEG und Siemens und all die Bankenvertreter im Aufsichtsrat der HEW werden schon dafür sorgen, daß ihre Aufträge und Kredite bezahlt werden....

Für demokratische Arbeiterkontrolle über die Energiewirtschaft

Es gibt nur eine Lösung des Energieproblems:

Die öffentlichen EVU, die sich genau so ausbeuterisch wie kapitalistische Monopole verhalten, müssen der Kontrolle von Aufsichtsräten und Managern enteignet werden, die nach der Pfeife von Atomindustrie, Großbanken und Versicherungen tanzen. Die Energiewirtschaft muß unter die Kontrolle der Arbeiter und ihrer Organisationen überführt werden. Private Aktienanteile in der Hand von Großkonzernen müssen enteignet werden.

Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Energieversorgungsunternehmen könnte konkret so aussehen.

Die EVU werden durch gewählte Aufsichtsräte verwaltet, in denen ein Drittel der Sitze von direkten Gewerkschaftsvertretern des betreffenden Betriebes besetzt werden.

Ein weiteres Drittel dieser Aufsichtsratsitze wird durch gewählte Vertreter des DGB eingenommen.

Ein Drittel der Sitze sollen Vertreter des Staates und der Regierung einnehmen.

Damit eine breite Öffentlichkeit das Geschäftsgeschehen dieser Aufsichts- und Verwaltungsorgane kontrollieren kann, müssen drei weitere Bedingungen gewährleistet sein:

Jederzeitige Abwahlmöglichkeit aller Aufsichtsräte.

Nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn als Entgelt für hauptamtliche Aufsichtsratsstätigkeit.

Das Recht aller Interessierten auf jederzeitigen Einblick in die Geschäftsbücher und Konten der EVU.

Wir dürfen uns nicht auf die "Selbstheilungskräfte des Marktes" verlassen, um einer möglichen Energiekrise zu entkommen. Radikale antikapitalistische Maßnahmen sind nötig. Energieproduktion muß gesellschaftlich geplant werden - entsprechend dem wirklichen Bedarf und bei ausreichendem Umweltschutz. Gleichzeitig sind alle Einsparmöglichkeiten von Elektrizitäts- und Energieverbrauch durch bessere Nutzung systematisch zu überprüfen und zu erforschen. Alle Industrieunternehmen müssen gezwungen werden, diese bessere Nutzung vorzunehmen. Sollten sie sich weigern, müssen sie enteignet, in

Fortsetzung von S. 2

Staatseigentum überführt und unter demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung gestellt werden.

Alternative Energiequellen erforschen

Die alternativen Energiequellen müssen erforscht werden. Hierzu ist ein massives staatliches Forschungsprogramm notwendig. Mehr als 20 Mrd. DM hat die Atomindustrie seit 1956 von verschiedenen Regierungen geschenkt bekommen. Ohne diese Subventionen für Grundlagenforschung und Entwicklung der Reaktortechnik wäre die Atomindustrie heute nicht konkurrenzfähig und profitträchtig.

Weitweit strahlt jedes Jahr 15 000 mal (!) so viel Energie in Form von Sonnenstrahlen ein als an Primärenergie verbraucht wird. Selbst die BRD, ein relativ sonnenarmes Land, wird Jahr für Jahr mit dem 80fachen ihres Primärenergieverbrauchs durch die Sonne bestrahlt. Dieses große Energiereservoir gilt es zu nutzen.

Die kapitalistische Energiewirtschaft hat dabei versagt. Ihr Antrieb ist die Profitsucht. Dabei kommen Versorgungssicherheit, Umweltschutz, Unfallverhütung und Wirtschaftlichkeit zwangsläufig zu kurz. Dieses System muß ersetzt werden durch eine gesellschaftlich geplante Produktionsweise unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Erst dann bestehen die Voraussetzungen dafür, ökologische und ökonomische Sicherheit gleichzeitig zu gewährleisten.

Kernenergie vernichtet Industriearbeitsplätze

Warum setzen die Unternehmer Maschinen ein? - Weil sie Arbeitskräfte einsparen wollen!

Wie werden Maschinen angetrieben? - Durch elektrischen Strom!

Warum also brauchen die Kapitalisten mehr Strom? - Damit sie mehr Maschinen einsetzen können!

Durch Strom angetriebene Maschinen vernichten Arbeitsplätze!

"Kernenergie schafft Arbeitsplätze" - Mit dieser eingängigen Parole versucht die Kernindustrie alle Arbeitnehmer zu ködern. Sie sollen den Bau von AKW's unterstützen. Sie sollen zur Wut gegen Umweltschützer und solche Gewerkschafter angestachelt werden, die sich aktiv dem Ausbau des "Atomstaates" in den Weg stellen.

Wie steht die Wahrheit aus?

Wenige nüchterne Fakten genügen:

1) Ungefähr die Hälfte des erzeugten Stroms wird heute von der Industrie verbraucht. Von 1960 bis 1975 stieg die Stromerzeugung in der BRD von ca. 150 Mrd. Kilowattstunden (kWh) auf 315 Mrd. kWh. Warum? Weil die Unternehmer für die Industrieproduktion es brauchten. Die reale Industrieproduktion verdoppelte sich in diesem Zeitraum.

2) Die Verdopplung der Industrieproduktion ist zurückzuführen auf die Tatsache, daß sich die Produktivität pro Arbeiterstunde auf das 2,3fache erhöhte - obwohl die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie sank!

3) Für die Erhöhung der Produktivität wurde mehr Strom verbraucht. 1960 lag der Stromverbrauch je geleisteter Arbeiterstunde bei 5,5 kWh durchschnittlich, 1975 bei 16,0 kWh. Er hat sich

also verdreifacht.

4) 1960 betrug die Anzahl der Industriearbeiter rund 6,6 Millionen. 1975 waren es nur noch 5,3 Mio. Es wurden 1,3 Mio. Arbeitsplätze wegrationalisiert. Dies geschah durch den verstärkten Einsatz stromgetriebener Maschinen.

5) Um dies zu ermöglichen, mußten die Kraftwerkskapazitäten gigantisch ausgebaut werden. 1960 betrug die Kapazität der Elektrizitätswerke 25 000 Megawatt (MW). 1975 betrug sie 75 000 MW.

6) Schlusfolgerungen: Die in 15 Jahren zusätzlich geschaffene Kapazität von 50 000 MW Strom schaffte die Voraussetzung für die Wegrationalisierung von 1,3 Mio. Industriearbeitsplätzen. Jedes zugebaute MW an Kapazität vernichtete 26 Arbeitsplätze. Ein Atomkraftwerk von 1300 MW (wie es beispielsweise in Brokdorf geplant ist) würde 34 000 Arbeitsplätze vernichten, und zwar für immer!

7) Demgegenüber werden für den Bau eines solchen nur 6 500 Arbeitskräfte benötigt - und das lediglich sechs Jahre lang! Wenn der AKW-Bau fertiggestellt ist, und falls alles reibungslos funktioniert, dann werden für seinen Betrieb höchstens noch 150 (zumeist hochqualifizierte Techniker) benötigt.

Buchempfehlung :» Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie «

Die Atomindustrie steuert seit Jahren eine teure Werbekampagne zugunsten ihrer Interessen. Dabei macht sie vor Verdrehung, Verfälschung und Verschweigen von Tatsachen nicht halt. Ein typisches Machwerk ihres Feldzuges ist das in mehreren Auflagen erschienene Reklamheft "66 Fragen - 66 Antworten: Zum besseren Verständnis der Kernenergie". Wissenschaftler der Uni Bremen haben darauf eine Erwiderung geschrieben: "66 Erwiderungen - Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie". Die 12köpfige Autorengruppe nimmt darin in allen Einzelheiten die Argumente der AKW-Bauer und -Betreiber auseinander und weist ihnen ihre Meinungsmanipulation nach.

Das Buch druckt alle "66 Fragen

und Antworten" der Atomindustrie vollständig ab. Darin liegt ein Vorteil dieser Schrift. Sie stellt keine einseitige Auswahl von Zitaten dar.

"Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie - 66 Erwiderungen (Eine Kritik des Reklamhefts: '66 Fragen, 66 Antworten: Zum besseren Verständnis der Kernenergie')".

Autorengruppe des Projekts SAIU an der Uni Bremen.
Oberbaumverlag Berlin -
ISBN 387623 0974 - 7,50 DM.

Anhand der 66 Erwiderungen kann sich jeder Leser ein eigenes Bild machen, wie es wirklich um die Gefahren der Kernenergie steht. Allerdings ist es nicht gerade

leicht zu verstehen. Die Autoren nehmen keine Vereinfachungen vor (im Gegensatz zur Propaganda der Atomkonzerne und des Staates). Deshalb hat der Leser auch einige Mühe aufzuwenden.

Das Buch ist in seiner ersten Auflage bereits 1975 erschienen. Inzwischen hat es bereits zehn Auflagen mit insgesamt 60 000 Exemplaren erreicht. Es ist ein hervorragender Einstieg für alle, die mehr über die Diskussion und die Kämpfe um die Kernenergie verstehen wollen. Die neuesten Auseinandersetzungen, die sich vor allem auf die "Wiederaufbereitungsanlagen" verbrauchter Kernbrennstäbe (Gorleben) und um den Bau "Schneller Brüter" entzündeten, kommen allerdings etwas kurz. ③

Warum Kernenergie so gefährlich ist

Kernenergie ist die gefährlichste Technologie, die gegenwärtig von Menschen angewendet wird. Ihre Handhabung hat deshalb schon weltweit zu Protestbewegungen und kämpferischen Widerstandaktionen gegen den Bau von Anlagen der Kernkraftindustrie geführt. Ihre Gefahren lassen sich unmöglich im Rahmen eines Zeitungsartikels in allen Einzelheiten darstellen. Kurz zusammengefasst sind es u. a. folgende Punkte:

Radioaktive Strahlung

Jedes Atomkraftwerk (AKW) gibt über Schornsteine u. ä. selbst im störungsfreien "Normalbetrieb" radioaktive Stoffe an die Umwelt ab. Radioaktivität erzeugt Krebs, schädigt die menschliche Erbmasse, führt zu Fehlgeburten und kann noch nach Generationen bisher unbekannte Krankheiten unserer Nachkommen hervorrufen. AKW-Befürworter betonen oft: "1.) Verglichen mit der 'natürlichen' radioaktiven Strahlung aus dem Weltall und der Erdkruste ist die Gesamtbelastung aus dem Betrieb von AKW's vernachlässigbar gering. 2.) Radioaktive Stoffe, die trotz aller Sicherheitsmaßnahmen aus AKW's in die Umwelt gelangen, werden in der Atmosphäre derart verdünnt, daß sie keine Gefahr mehr für Leben und Gesundheit darstellen." Diese Argumente sind irreführend. Denn die sogenannte 'natürliche' Radioaktivität besteht hauptsächlich aus Strahlen, die von außen auf den menschlichen Organismus einwirken. Stoffe, die radioaktive Strahlen aussenden, wirken auf ganz andere Weise: Lebende Organismen haben die Eigenschaft, bestimmte Stoffe in die Gewebe einzubauen oder dort abzulagern, ohne sie wieder auszuscheiden. Im Laufe der Jahre werden sie deshalb im Organismus angesammelt und konzentriert. Gewisse Stoffe können in bestimmten Organen in einer Konzentration angehäuft werden, die das Millionenfache der durchschnittlichen Umgebungskonzentration übersteigt.

Einige radioaktive Elemente haben genau diese Eigenschaft. Sie werden in pflanzlichen, tierischen und menschlichen Organismen angesammelt. (Z. B. das radioaktive Strontium-90, das sich vornehmlich in Knochen ansammelt.) Strahlenschäden, die eintreten, wenn der menschliche Körper von innen her durch hochkonzentrierte radioaktive Stoffe beeinflusst wird, sind unvergleichlich größer als die der 'natürlichen' äußeren Strahlung. Außerdem: auch die "natürliche Strahlung" ist nicht unschädlich.

Unfallgefahren

Trotz jahrhundertelanger Erfahrung und ständiger Verbesserungen kann die Technik heute noch keine absolut dichten Wasserrohrleitungen und -ventile bauen. Solche - vergleichsweise simplen - mechanischen Teile gibt es in jedem AKW zu Hunderten. Es ist bereits unzählige Male auf der ganzen Welt in AKW's zu "kleineren" Zwischenfällen gekommen, bei denen aus undichten Dampfleitungen und kaputten Ventilen unkontrolliert radioaktiver Dampf in die Umgebung geströmt ist. Die Sicherheitsbestimmungen in kerntechnischen Anlagen stellen zwar die schärfsten aller Industriezweige dar. (Das alleine beweist schon, daß AKW's auch weitaus gefährlicher sind als alle anderen Industriebetriebe.) Trotzdem sind dadurch keine gefährlichen Zwischenfälle verhindert worden. Fast jedes AKW auf der Welt blickt schon auf eine Geschichte "kleinerer" Zwischen- und Störfälle zurück, die auch schon öfters Todesopfer und Gesundheitsschädigungen der Beschäftigten zur Folge hatten. Solche Vorfälle werden meistens durch die AKW-Betreiber zu vertuschen versucht. Das jüngste Beispiel: Harrisburg (USA), wo es im März '79 fast zu einer gigantischen Katastrophe gekommen wäre... (Das war allerdings nicht mehr zu vertuschen.)

Abwärme

Jedes (Kern-) Kraftwerk kann nur einen gewissen Teil der erzeugten Energie in Elektrizität umwandeln. Fast zwei Drittel der Energie wird nutzlos als "Abwärme" in die Umwelt geblasen. Diese Aufheizung der Umwelt kann das Klima in der unmittelbaren Umgebung entscheidend beeinflussen und zu ständiger Nebelbildung führen. Falls ein AKW mit Flußwasser gekühlt wird, kann eine verhängnisvolle Kettenreaktion in Gang kommen: Der Fluß wird um einige Grad Celsius aufgeheizt. Dadurch nimmt erstens der Gehalt des im Wasser gelösten Sauerstoffs ab. Dieser Sauerstoff ist für alle im Wasser existierenden Organismen lebensnotwendig. Zweitens be-

schleunigt die erhöhte Temperatur den Ablauf aller biologischen Prozesse, wofür ebenfalls mehr Sauerstoff verbraucht wird. Diese Kettenreaktion kann zu einer rapiden Abnahme des Sauerstoffgehaltes im betroffenen Fluß führen. Das Stoffwechselgleichgewicht wird entscheidend gestört und der größte Teil des Lebens im Wasser abgetötet. Die toten Organismen werden dann durch Fäulnisbakterien vollends zersetzt, die dafür den verbliebenen Restsauerstoff endgültig verbrauchen. Ein ganzer Fluß kann durch diesen Prozeß zum "Umkippen" gebracht und in eine faulende, stinkende, leblose Kloake verwandelt werden, die keine Selbstreinigungskraft mehr besitzt.

Schrott und Abfälle

AKW's produzieren selbst im "Normalbetrieb" hochgiftige und stark radioaktive Abfälle und Rückstände. Diese können nicht entgiftet oder sonstwie unschädlich gemacht werden. Man kann nur abwarten, bis sie - entsprechend physikalischen Naturgesetzen - nach einer gewissen Zeit von selbst zerfallen sind. Dieser Zerfall geht unter Aussendung radioaktiver Strahlung vor sich. Manche radioaktiven Elemente brauchen für ihren (fast) vollständigen Zerfall allerdings Hunderttausende von Jahren! Während dieser ganzen Zeit strahlen sie radioaktiv und bilden deshalb eine potentielle Gefahr. Selbst wenn diese Rückstände während des höchstens 20- bis 30jährigen Betriebs eines AKW's unter Verschluss bleiben: danach müssen sie z. T. Hunderttausende von Jahren "sicher" gelagert und unter riesigem finanziellen Aufwand ununterbrochen be- und überwacht werden. Während dieser Zeit darf kein Fehler gemacht werden, da sonst eine Katastrophe droht, die unvergleichlich größer sein kann, als alle natürlichen oder technischen Unfälle, welche die Menschheit bisher erlebt hat.

Alle AKW's haben - wie alle anderen technischen Anlagen - nur eine begrenzte Lebensdauer. Sie beträgt höchstens 20 bis 30 Jahre, danach müssen sie stillgelegt und verschrottet werden. Die sichere und ungefährliche Verschrottung von Tausenden von Tonnen schwach radioaktiven Materials ist bis heute ungelöst. Dutzende von AKW's, die heute schon in Europa in Betrieb sind, werden eines Tages strahlende Atomruinen sein. Sie wurden gebaut, ohne daß ein Mensch wußte, wie später das strahlende Zeug wieder unschädlich gemacht werden soll. Erste Experimente ("Experimente" im wahren Sinne des Wortes!) bezüglich dieses Problems werden erst heute angestellt...

»Strahlengrenze« – nach dem Kostenprinzip festgelegt

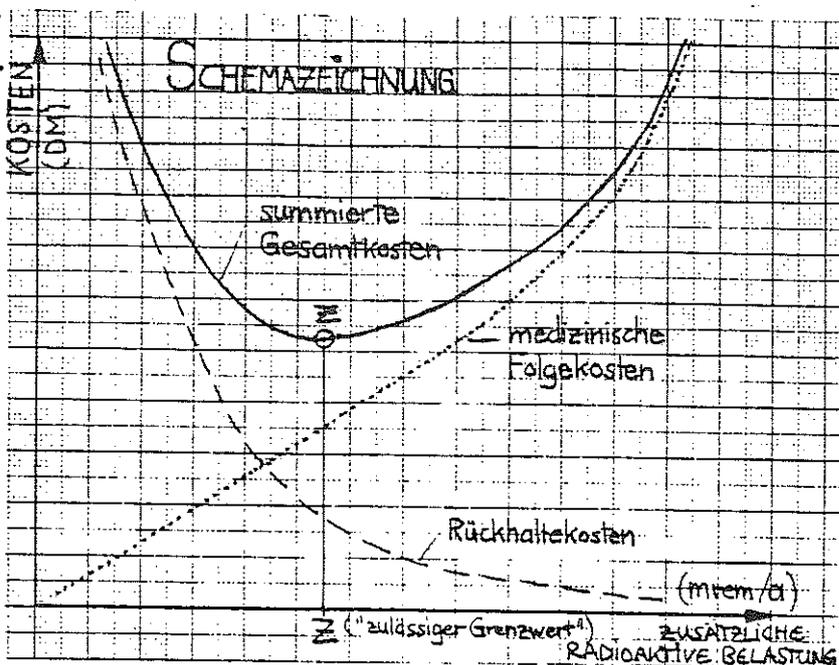
In der Publikation Nr. 22 der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP) wird den Regierungen empfohlen, auf welche Weise sie die Strahlengrenzwerte festlegen sollen, die der Bevölkerung zugemutet werden. Es wird zugegeben, daß es keine unschädliche Strahlenmenge gibt!

Jede atomtechnische Anlage führt also zu medizinischen Folgekosten für die Gesellschaft: Kranken- und Rentenversicherungsträger müssen umso mehr zahlen, je mehr die Krebsfälle aufgrund der ansteigenden Strahlenbelastung anwachsen. (punktierte Linie).

Für die Atomindustrie entstehen andererseits umso mehr Kosten, je geringer der Ausstoß an Radioaktivität sein soll, weil sie dann teure Rückhaltesysteme einbauen muß. (gestrichelte Linie).

Das Problem lautet also: hohe Strahlung - hohe Krankheitskosten; geringe Strahlung - hohe Rückhaltekosten. Was tun?

Die internationale Strahlenschutzkommission hatte eine wahrhaft originelle Idee: Sie versuchte, die Gesamtkosten (durchgezogene Linie) der jeweilig erlaubten Strahlung abzuschätzen. Dort wo die Gesamtkosten am niedrigsten sind, wird der "zulässige Höchst-



grenzwert" für die erlaubte radioaktive Belastung festgesetzt! (In unserer Zeichnung mit "Z" markiert)

Damit wird bewußt in Kauf genommen und eingeplant, daß es ein gewisses Ausmaß an Gesundheitsschäden gibt - auch wenn der "zulässige Höchstwert" der Belastung

noch nicht erreicht wird. Die Atomindustrie allerdings versucht, den "zulässigen Höchstwert" als "absolut unschädlich" darzustellen.

In der Regel kann ein an Strahlenkrebs Erkrankter nicht nachweisen, daß er von einer Atomanlage geschädigt wurde, schon gar nicht, von welcher...

REAKTORSTÖRFÄLLE: LÜGEN ÜBER LÜGEN

Lügen, Lügen und nochmals Lügen! Diesen Eindruck muß jeder gewinnen, der die Argumente und Propaganda der Ölkonzerne analysiert. Leider ist es unmöglich, die Wahrheit immer sofort ans Licht zu bringen. Beispielsweise hatten die AKW-Betreiber Stör- und Unfälle geheimzuhalten. Der Vertrag zwischen Bundesinnenministerium und der "Gesellschaft für Reaktorsicherheit mbH" (GRS), die alle Störfallberichte der AKW-Betreiber sammelt und auswertet, eine Klausel, die beide Seiten verpflichtet "Stillschweigen gegenüber Dritten" zu bewahren. Die juristische Grundlage: die AKW-Betreiber beanspruchen "Urheberrecht" für ihre Störfälle (bzw. nur für ihre Störfallberichte?)!

Offiziell wurden bis vor kurzem nur 14 Störfälle ("sicherheitstechnisch relevante Vorkommnisse") in bundesdeutschen AKWs zugegeben, davon sechs in der schwerwiegendsten Kategorie A. Ein Geheimbericht, der dem Bundesverband Bürgerinitiativer Umweltschutz (BBU) in die Hände gefallen ist und von ihm veröffentlicht wurde, zählt jedoch für denselben Zeitraum 139 Störfälle, davon 24 (!) in der Kategorie A auf! Durchschnittlich ereignet sich also alle drei Tage in einem bundesdeutschen AKW ein Störfall...

Wer will jetzt noch an "objektive", "sachliche", "neutrale" Fakten und Zahlen glauben, die von der Atom-Lobby stammen?



Bayrische Atomruine wird abgerissen

"Jeder Arbeitsschritt bei der Beseitigung wird dokumentiert, das heißt schriftlich festgehalten und vom TÜV bestätigt", beteuert die Abbruchfirma. Der Abriß ist allerdings noch garnicht genehmigt. Es wird zwei Jahre dauern, "bis technische Voraussetzungen, Genehmigungssituation und Endlagerbedingungen geklärt werden". Für das Vorhaben werden durch die Abbruchfirma spezielle fernbediente Trenn- und Zerlegegeräte entwickelt. Überhaupt werde alles Erdenkliche getan, um Leben und Gesundheit der Abbrucharbeiter zu schützen. Sie werden ständig gesundheitlich überwacht. Die Arbeiten erfolgen innerhalb der Sicherheitshülle. Entstehenden Aerosole (in der Luft schwebende kleinste Teilchen) und Staub werden über komplizierte Filteranlagen abgesaugt. Ein gigantischer Aufwand...

Wofür eigentlich? Was ist da so gefährlich? Es geht um den Abriß des Atomkraftwerks in Niederaichbach (Bayern). Der erste AKW-Abriß in der Geschichte der BRD. Kein Mensch weiß genau, wie das funktionieren wird. Und ob es gut geht. Sagen deswegen alle "Experten", das Projekt habe "Modellcharakter"?

Der Abriß wird mindestens 80 Mio. DM kosten. Der Bau hat schon 240 Mio. DM gekostet. Davon hat der Bund 130 Mio. DM und der Freistaat Bayern 10 Mio. DM bezahlt. Das heutige Wrack hat nur 1 1/2 Jahre Probelauf überstanden. Dieser war von vielen Störungen unterbrochen. Dann mußte es Mitte '74 abgeschaltet und Ende '75 ganz stillgelegt werden. Allein die Überwachung kostete seither jährlich Hunderttausende.

In der Schweiz lief einmal ein Reaktor gleichen Typs (ein sog. "Schwerwasser-Druckröhren-Reaktor"). 1969 wurde der nach schweren Störungen in eine Höhle eingemauert. Man traute sich nicht, das strahlende Ding abzürsäen.

Hier in der BRD ist man risikobereiter. Allerdings war der Reaktor in Niederaichbach nur 13 Tage lang mit voller Leistung be-

lastet. Ein Glück, denn deshalb wird das "strahlensichere Zerlegen und der Abtransport der strahlenden Ruinentelle relativ vereinfacht (im Vergleich zu einem AKW, das Jahre oder Jahrzehnte voll im Betrieb war)". Preisfrage: Wie groß wird der Aufwand erst sein müssen, wenn ein Abbruch "relativ verkompliziert" wird, weil das AKW jahrzehntelang "problemlos" lief?

Die Baumasse in Niederaichbach umfaßt 130 000 Tonnen. Davon sind 13 000 t radioaktiver Metallschrott. Außerdem ist noch die 2m dicke Stahlbeton-Schutzmauer (700 t) an ihrer Innenseite 60cm tief durch Neutronenstrahlen aktiviert und verseucht. Das alles muß irgendwo sicher abgelagert werden. Wo, das ist noch ungewiß. Oder es wird verschwiegen. Es ist die Rede von dem Salzbergwerk Asse (Niedersachsen). Aber Asse war nur eine "Versuchsdeponie". Inzwischen ist sie wieder geschlossen...

Übrigens:

Nach Beendigung der Abbrucharbeiten in ca. sechs Jahren soll der Bauplatz wieder "wie eine grüne Wiese aussehen". Wer's glaubt, wird selig...

FRANKREICH: RISSE IM SERIENREAKTOR

In Frankreich werden AKWs in Serie gebaut. "Davon können wir nur träumen", schwärmte jüngst ein 'Experte' von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken. Die baugleichen Anlagen sparen angeblich nicht nur Kosten, sondern auch ihr Export sei viel leichter: "Wer seinem eigenen Land so viele Kernkraftwerke gleicher Bauart zumutet, hat einen stichhaltigen Sicherheitsbeweis und kann auf eine Menge Baupraxis pochen." - Der Wunschtraum wurde wenige Tage später jäh gestört: In 3 französischen AKWs der Baureihe 'PWR 900 NWE' wurden dieselben millimetertiefen Risse an den beiden wichtigsten Schwerkraftkomponenten - am Reaktorbehälter und am Dampferzeuger. Jetzt steht die Stilllegung des gesamten Atomprogramms bevor. Die ersten Risse wurden letztes Jahr schon während der Herstellung entdeckt. Daraufhin wurden ähnliche Materialfehler an fast allen Exemplaren dieses Pracht-Reaktortyps festgestellt. Betroffen sind 20 AKWs mit fast 20 000 MW elektrischer Kapazität. - Ein "Fortlaufen" der Risse kann während des Betriebes zum plötzlichen Aufreißen druckführender Hauptkomponenten führen. Solch katastrophale Ereignisse sind in der Sicherheitsauslegung der französischen (und übrigens auch der deutschen) Leichtwasser-Reaktoren "nicht vorgesehen".....

SPD-Linke muß NEIN zu AKWs durchsetzen!

Der Hamburger Parteitag der SPD hat sich 1977 entschlossen, neuen Kernkraftwerken nur unter 2 Voraussetzungen zuzustimmen:

- 1) Falls sich auf absehbare Zeit ein zusätzlicher Strombedarf nicht aus Kohle decken läßt.
- 2) Falls die "Entsorgung" der radioaktiven Abfälle geklärt ist. Das war damals vom Parteivorstand als Wischi-Waschi-Beschluß gedacht, der sich später wie Gummi in alle Richtungen ziehen und auslegen lassen würde. Trotzdem: Wer diese Voraussetzungen heute ernsthaft prüft, der muß zu dem Schluß kommen: sie treffen nicht zu, und neue AKWs dürfen nicht gebaut werden.

Im Dezember wird in Berlin der nächste Bundesparteitag der SPD stattfinden. Zweifelloos wird es eine scharfe Auseinandersetzung um die Atomenergie geben. Es geht darum, ein klares und eindeutiges NEIN zu allen Atomkraftwerken durchzusetzen und deren Stilllegung zu fordern. Einige Bezirksparteitage sind mit ihren Beschlüssen schon einige Schritte in dieser Richtung gegangen. Andererseits schläft die Atomlobby nicht. Sie will ein JA durchpeitschen (das eventuell mit kleineren Einschränkungen verbunden ist).

Die SPD-Mitglieder dürfen sich nicht von dem jüngsten Beschluß der Ministerpräsidenten der Länder täuschen lassen, der angeblich das Problem der "Abfallbeseitigung" gelöst hat. Er ist ein rein taktischer Schachzug. Er hat nichts gelöst: Auf die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennstäbe in Gorleben wird vorerst verzichtet, genauso wie auf die "Endlagerung" der radioaktiven Abfälle. Stattdessen sollen vorerst die "Kompaktlager" im Bedarfsfall zu "Zwischenlagern" umgetauft werden. Für die Wiederaufbereitung soll bis 1985 ein anderer Standort gefunden werden. Man hofft, die Probebohrungen im Salzstock bei Gorleben (Niedersachsen) so hinzukriegen, daß man diesen Ort in einigen Jahren der Bevölkerung als "sicher für die Endlagerung" verkaufen kann. Gerichtsurteile, die in der Vergangenheit AKW-Bauten stoppten (weil keine Abfallbeseitigung und -lagerung gesichert war) hofft man, durch diese Tricks wieder rückgängig zu machen. Jedenfalls: durch diese überhasteten Beschlüsse wird die Sicherheit der Abfallbehandlung nicht im geringsten erhöht. Also: nicht an der Nase herumführen lassen, wachsam bleiben und Widerstand leisten.

Fortsetzung von So 6

Die Jungsozialisten haben eine Unterschriftensammlung unter allen SPD-Mitgliedern für den Baustop an AKWs gestartet.

Diese Aktion fand (wo sie durchgeführt wurde) an der Basis bereits ein gutes Echo. Sie muß weitergeführt werden.

Allerdings zeigt sich an dieser Aktion des Juso-Bundesvorstandes wieder einmal der typische Mangel aller Juso-Forderungen: Sie werden isoliert voneinander erhoben, sind reformistisch, ohne Zusammenhang mit der Perspektive einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Zwar gibt es hunderte von Konferenzbeschlüssen, in denen abstrakt "Gemeineigentum der Schlüsselindustrien", "vollständige Rahmenplanung der Produktion" und "Sozialismus" gefordert wird. Aber es wird immer wieder versäumt, praktische Ansatzpunkte zu finden, mit deren Hilfe diese Forderungen einer breiteren Öffentlichkeit verständlich gemacht werden können.

Was spricht eigentlich dagegen, damit bei der Energiefrage endlich anzufangen? Ist die Atomindustrie keine Schlüsselindustrie? Hängt der Bau von AKWs nicht mit dem Expansionsstreben und der Profitgier der Energiemonopole zusammen? Hat der Raubbau an den natürlichen Rohstoffen und die Verschwendung kostbarer Energie nichts mit dem kapitalistischen System zu tun? Gibt es denn nicht gerade in dieser Frage eine hervorragende Möglichkeit, die Vorteile einer demokratischen Planwirtschaft zu propagieren, und diese auf eine überzeugende Weise in der Öffentlichkeit zu vertreten? Sollen wir die Stilllegung der AKWs fordern, nur um es hinterher wieder den Energiemonopolen zu überlassen, was sie als nächstes aushecken? Wollen wir es dem "freien Spiel der Kräfte" anheimgeben, wie die Energieprobleme und die Rohstoffknappheit überwunden - nein, verschärft - werden? Dürfen wir es zulassen, daß die Atomindustrie mit 130 000 Entlassungen im Fall eines Baustopps droht und somit die betroffenen Kollegen zum Spielball ihrer Interessenmacht, ohne daß wir Alternativen dagegensetzen? Müssen wir nicht offensiv "Herstellung von sinnvollen Alternativprodukten", "Erforschung alternativer Energiequellen" und "demokratische Arbeiterkontrolle" in diesem Industriezweig propagieren (der ja ein sehr hohes technisches Niveau besitzt)?

Diese Fragen zu stellen, heißt: sie zu 90% schon beantwortet zu haben. VORAN ist der Meinung, daß es höchste Zeit ist, den Atomkurs zu ändern. Die SPD-Linke muß einen Baustop durchsetzen. Sie darf aber dabei nicht stehen bleiben. Eine umfassende sozialistische Lösung des Energieproblems und alle damit zusammenhängenden Fragen (Umwelt, Arbeitsplätze usw.) muß in Angriff genommen werden, sonst bleibt alles Stückwerk...

WER WIR SIND + WAS WIR WOLLEN

I.

Das Redaktionskollektiv VORAN besteht aus aktiven Gewerkschaftern, Falken und Jungsozialisten in der SPD. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, in der deutschen Arbeiterbewegung wieder das Programm des Sozialismus auf die Tagesordnung zu setzen. Wir sind uns im klaren darüber, daß der Aufbau einer sozialistischen Demokratie erst dann in Angriff genommen werden kann, wenn alle Schlüsselindustrien, Großbetriebe, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt sind und unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung stehen. Reformistische Halbheiten und "Zwischenschritte" werden nur zu Niederlagen führen.

Eine sozialistische Gesellschaft kann nur erreicht werden, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse wie der Bevölkerung aktiv dafür kämpft. Sektiererische Minderheiten, die sich in Form von "rrrevolutionären" Kleinstparteien anmaßen, die Arbeiterklasse zu vertreten, werden keine Chance haben. Andererseits ist eine sozialistische Umwälzung keine rein spontane Angelegenheit. Sie wird nie gelingen, wenn nicht aus der Arbeiterbewegung heraus eine Führung hervorgeht, die die einzelnen Kämpfe zusammenfaßt, verallgemeinert und koordiniert.

SPD und DGB sind die traditionellen Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse. In den kommenden Jahren werden weltweit die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Krisen zunehmen. Der Nachkriegsaufschwung ist vorbei. Deshalb wird es in allen Ländern der Erde wieder zu sozialen Spannungen, verschärften Gegensätzen, gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und verstärkten

Klassenkämpfen kommen. In diesem Prozess werden die Arbeiter wieder auf ihre traditionellen Organisationen zurückgreifen, auf der Suche nach einer politischen Antwort. In diesem Zusammenhang werden diese Organisationen die gesellschaftliche Entwicklung widerspiegeln. Sie werden polarisiert und von unten her durch frische Impulse, neue Ideen und jugendliche Mitglieder wieder belebt und umgewälzt werden.

Deshalb müssen alle Sozialisten schon heute in SPD und DGB eine klare Alternative zur gegenwärtigen Politik der Führung anbieten. Ihr Ziel muß sein, die Partei- und Gewerkschaftsbasis für ein umfassendes sozialistisches Programm zu gewinnen.

Wir treten ein für eine absolute SPD-Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms. Wenn eine sozialistische Regierung ihr Programm im Parlament mit Mehrheit verabschiedet hat, dann kann es jedoch nur durchgeführt werden, falls sie gleichzeitig die organisierte Arbeiterbewe-

gung zu ihrer Unterstützung mobilisiert. Denn die herrschende Klasse wird mit allen Mitteln gegen ihre Entmachtung und ihre Enteignung vorgehen. Sie wird ihren Staatsapparat - Bürokratie, Justiz, Polizei und Armee - einsetzen, um den Übergang zum Sozialismus zu verhindern, selbst wenn die Mehrheit diesen will. Nur wenn die Arbeiterbewegung dann entschlossen handelt und die Armee der Herrschenden dadurch unbrauchbar macht, daß sie deren Basis auf ihre Seite gewinnt, kann eine blutige Niederlage wie in Chile vermieden werden.

II.

Die Arbeiterklasse ist die stärkste potentielle Kraft in der heutigen Gesellschaft. Deshalb kann die Anti-Atomkraft-Bewegung gegen deren Widerstand nichts durchsetzen. Ohne ihre Sympathie, ihr Verständnis oder gar ihre aktive Unterstützung werden die AKWs nicht stillgelegt werden können. Die Atomindustrie hat es jedoch bisher mit Erfolg verstanden, weite Teile der Arbeiterklasse, des DGB und der SPD hinter sich zu ziehen. Ihre Propaganda "AKWs schaffen Arbeitsplätze" wirkt. Unterstützt wird sie dabei von einer rechten Betriebsratsmafia der Atomkonzerne sowie dem widerlichen "Atomfilz" in den Gewerkschaften.

Allerdings hat sich im DGB bereits ein "Aktionskreis Leben" gebildet, durch den kritische Kollegen versuchen, ein Gegengewicht zum Atomfilz zu bilden. Auch in der SPD verstärkt sich der Widerstand gegen das Schmidt-Genscher-Atomprogramm.

Den Lügen der Atomindustrie gilt es weiterhin offensiv entgegenzuwirken. Unsere Fakten, Zahlen und Argumente sprechen eindeutig gegen Kernenergie und Atomindustrie. Wir müssen sie innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung, in SPD und DGB vortragen, um dadurch die Mehrheit der Arbeitnehmer für uns zu gewinnen. Gleichzeitig müssen wir überzeugende Antworten finden auf solche Fragen wie: "Was soll aus meinem Arbeitsplatz werden?" und: "Wie kann man verhindern, daß demnächst die Lichter ausgehen?!"

VORAN ist der Meinung, daß diese Antworten nur im Zusammenhang eines umfassenden sozialistischen Programms zu finden sind. Deshalb muß der Kampf gegen AKWs mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft verbunden werden. Nur im Rahmen einer vernünftig und volkswirtschaftlich geplanten Produktionsweise, die unter der demokratischen Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung steht, kann das Interesse an einer sauberen und unverseuchten Umwelt mit dem Ziel eines angemessenen und sicheren Lebensstandards unter einen Hut gebracht werden.

NACH DEM SPD-PARTEITAG ENERGIEPROBLEM SOZIALISTISCH LÖSEN!

VORAN Nr. 43
Dez. 79 / Jan. 80

SPD-LINKE MUSS PROGRAMM AUSARBEITEN

"Wir sind so stümperhaft vorgegangen", stöhnte der Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel laut SPIEGEL 50/79, "daß wir den Namen 'Traditions-Linke' nicht mehr verdienen." Er meinte damit den Durchfall linker Kandidaten bei den Vorstandswahlen des SPD-Parteitag in Berlin.

Im zweiten Wahlgang hatten 5 "linke" gegen drei rechte Bewerber um drei verbliebene Vorstandsposten kandidiert. Die 5 "Linken" nahmen sich natürlich gegenseitig die Stimmen weg und brachten nur noch eine Kandidatin durch (Herta Däubler-Gmelin).

Durchgefallen sind unter anderem so prominente Leute wie Henning Scherf (Finanzsenator in Bremen), Wolfgang Roth (Ex-Juso-Bundesvorsitzender) und Rudi Arndt (Ex-Oberbürgermeister von Frankfurt). Genau betrachtet hatte sich jedoch höchstens Henning Scherf den Ehren-Namen "Linker" verdient. Er schwang sich auf dem Parteitag zum Sprecher der innerparteilichen Opposition gegen den Atom- und Rüstungskurs der Parteispitze auf Rudi Arndt und Wolfgang Roth haben in den letzten Jahren immer mehr Zugeständnisse an die Rechten gemacht. Vor allem Roth hatte in den wichtigsten kritischen Fragen (Aufrüstung und Atomkraft) treu und brav mit den Rechten gestimmt, versuchte jedoch mit dem Etikett "Linker" wieder, mit linken Stimmen in den Vorstand zu kommen. Kein Wunder, daß viele linke Delegierte ihn durchschauten und ihm ihre Stimme verweigerten!

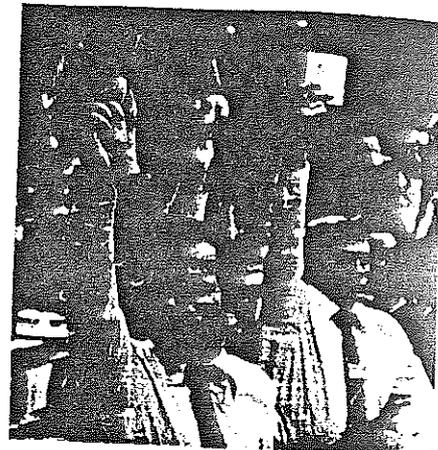
Abgesehen von dem Vorstandswahldebakel konnten sich die Linken, die sich (im sogenannten "Frankfurter Kreis") absprechen, gegenüber dem letzten Parteitag 1977 in Hamburg einen Stimmenzuwachs in wichtigen Fragen verbuchen. Der im weitesten Sinne "linke" Stimmenblock betrug nach groben Schätzungen dieses Mal um die 40% der Delegierten. In Hamburg vor zwei Jahren war es nur ein knappes Drittel gewesen.

Diese Entwicklung wieder spiegelt - allerdings in abgeschwächter Form - den Diskus-

sionsprozeß, der in den letzten beiden Jahren in der SPD stattgefunden hat. Die Ratlosigkeit der Regierungs-"Macher" auf die Krise von 1974/75, ihre Konzeptlosigkeit angesichts zerstörter Reformillusionen, ihr blindes von-Tag-zu-Tag-Dahinwursteln, ihr konservatives Verwalten der Regierungsgeschäfte des Kapitals, ihre ständigen Maßhalteappelle an die Arbeitnehmer, das Aufgeben jeglicher sozialistischer Programmatik - das alles fängt jetzt an, bei der SPD-Basis Unzufriedenheit, Unruhe und Widerspruch auszulösen.

Speziell in der Frage "Energie und Atomkraft" sind viele Gliederungen nicht mehr länger bereit, kritiklos die Propagandaparolen der Atomkonzerne nachzubeten. Dies zeigte sich ganz deutlich bereits im Vorfeld des Parteitags, als mehrere Bezirke und Landesverbände der SPD (Baden-Württemberg, Süd-Bayern, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein) eindeutige Beschlüsse gegen den weiteren Ausbau der Kernenergie durch das Bonner Atomprogramm faßten.

Für eine Parteitags-Mehrheit fehlen zwar immer noch gut 10% der Delegiertenstimmen. Doch muß man davon ausgehen, daß es in vielen Basisgliederungen längst eine Mehrheit gegen die Atomkraftnutzung wegen der unkalkulierbaren Risiken gibt. Diese Auffassung wird jedoch nach oben immer weiter verwässert. Denn die Bezirks-, Landes- und Bundesparteitage (besonders letztere) sind in ihrem Durchschnitt nicht gerade repräsentativ: je höher die Ebene, umso mehr Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Oberbürgermeister, Senatoren, Minister, Staatssekretäre, hauptamtliche Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre beherrschen die Szene.



Eine Abstimmung beim Parteitag

Es wird deshalb darauf ankommen, in den nächsten Jahren Delegierte zu Parteitag zu wählen, die die Meinungen an der Basis getreuer widerspiegeln.

Den Jungsozialisten fällt dabei eine besondere Rolle zu. Sie müssen die Speerspitze im Kampf gegen Ämterhäufung, Verfälschung von Ämtern, Mandaten und Parteifunktionen und für eine repräsentative Auswahl von Parteitagdelegierten abgeben.

Der Parteitag in Berlin war für die Parteilinke ein gewisser Fortschritt. Ihre gewachsene Stimmenzahl ist dafür ein Ausdruck. Allerdings hat die (rechte) Parteitagmehrheit ihren eigenen Beschluß von vor zwei Jahren eindeutig verwässert. Insofern war es ein Rückschritt hinter Hamburg. Denn dem Bau neuer AKWs werden jetzt nicht mehr so viele Hindernisse in den Weg gelegt, wenn man Buchstaben und Sinn der beiden Beschlüsse von Hamburg 77 und Berlin 79 vergleicht. Vor allem in der Frage der sicheren Zwischen- und Endlagerung des radioaktiven Giftmülls werden den Atomkonzernen einige Steine aus dem Weg geräumt.

Möglicherweise wäre die Anzahl der AKW-Gegner in Berlin noch größer gewesen, hätte nicht Schmidt viele Delegierte, die ihm loyal gegenüberstanden, mit kaum verhüllten Rücktrittsdrohungen erpresst und auf die Atomkraftlinie des Vorstands ausgerichtet. In dieselbe Kerbe schlug die vorgeladene Gewerkschaftsprominenz: mit dem "Wir-brauchen-doch-die-Arbeitsplätze"-Argument übten vor allem der DGB-Vorsitzende Vetter und der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Schmidt, Druck auf die Delegierten aus. Gerade auf diese Frage wußten die Kernener-

giegegner keine Antwort zu geben. Ihr einzigen Argumente gegen AKWs, die mangelnde Betriebssicherheit und die ungeklärte Endlagerung des gefährlichen Atom- mülls mögen vielleicht viele Basismitglieder in SPD und DGB zum Schwanken und Zweifeln bringen.

Wenn man ihnen jedoch keine klare Antwort auf die von der Atomlobby geschürten Arbeitsplatzängste gibt, dann werden sie sich nicht überzeugen lassen.

Die Linken versagten in diesem Punkt auf dem Parteitag. Sie ließen sich eine technokratische Diskussion aufzwingen, die sich voll und ganz im Rahmen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems bewegt, ohne Ansatz eines sozialistischen Programms. Eine grundlegende Alternative boten sie nicht. Stattdessen versuchten sie, mit moralischen Appellen der

rechten Parteimehrheit einige Zugeständnisse abzurufen, die hauptsächlich aus im Prinzip überzeugten Atomkraftbefürwortern bestand.

Dies ist der falsche Weg. Es kommt darauf an, die Basis der Partei (und der Gewerkschaften!) in ihrer Mehrheit gegen den weiteren Bau und Betrieb von AKWs zu gewinnen. Eine klare, durchdachte und umfassende Alternative zur gegenwärtigen Energiepolitik muß ausgearbeitet werden. Sie muß auf eindeutig sozialistischer Grundlage stehen, sonst bleibt sie Flickwerk.

Dieser SPD-Parteitag traf ganz bestimmt keine endgültige Entscheidung (so gern dies vielleicht manche interessierten Kreise gesehen hätten!). Es war eine Zwischenstation in der innerparteilichen Entwicklung, eine Mo-

mentaufnahme des Kräfteverhältnisses, das sich in bisherigen Auseinandersetzungen herausgebildet hat.

Für alle Linken in der SPD gilt es deshalb: nicht den Mut staken lassen, weitermachen, und gleichzeitig daranehen, ein umfassendes sozialistisches Energieprogramm auszuarbeiten. (Siehe auch Kästchen oben).

von Kurt Pfeiffer

KERNPUNKTE EINES SOZIALISTISCHEN ENERGIEPROGRAMMS

SOFORTIGER BAUSTOPP! SCHRITTWEISE ABSCHALTUNG ALLER AKWs!

Gegenwärtig bestehen riesige Überkapazitäten auf dem Elektrizitätsmarkt. Beispielsweise haben die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) eine Höchstkapazität von fast 3.800 Megawatt, von denen im Dezember 1977 bei der Verbrauchsspitze nur 54% benötigt wurden. Selbst bei der von der HEW angenommenen Stromverbrauchssteigerung von 5,5% jährlich (dies ist mit Sicherheit zu hoch gegriffen!) werden die heute vorhandenen Kapazitäten bequem bis Anfang 1989 ausreichen. Baustopp und schrittweise Abschaltung der AKWs lassen also nicht sofort "die Lichter ausgehen"!

ALLE ENERGIEVERSORGUNG UNTERNEHMEN (EVUs) ZU EINEM EINZIGEN STAATLICHEN KONZERN ZUSAMMENFASSEN!

Gegenwärtig befinden sich zwar die Elektrizitätswerke (in Form von Aktienanteilen) weitgehend in öffentlicher Hand. Doch sie verhalten sich in ihrer Jagd nach Marktanteilen, ihren Preistreibereien, ihrer Profitsucht und ihrem blindwütigen Expansionsstreben genauso wie privatkapitalistische Konzerne. Nicht zuletzt, weil ihre Geschäftspolitik durch die Vertreter von AEG, Siemens und allen Banken im Aufsichtsrat dirigiert wird: Mittels einer "Heiz-mit-billigem-und-sauberem-Strom"-Kampagne den Wärmemarkt zu erobern. Zu diesem Zweck würden natürlich in Zukunft AKWs benötigt! Die Vertreter privater Konzerne müssen raus aus den Aufsichtsräten der EVUs! Außerdem weigern sich die EVUs gegenwärtig einfach,

Kohlekraftwerke, auch trotz vorliegender Baugenehmigungen, zu bauen, und warten lieber auf die Genehmigung für AKW-Bauten, wie auch auf dem Berliner Parteitag beklagt wurde.

VERSTAATLICHUNG DER GESAMTEN ATOMINDUSTRIE UNTER DEMOKRATISCHER ARBEITERKONTROLLE UND -VERWALTUNG!

Es geht darum, die Arbeitsplätze in diesem Industriezweig zu retten, falls keine neuen AKWs mehr gebaut werden. Alternative Produkte müssen hergestellt werden. Z.B. haben die Arbeiter der britischen Rüstungsfirma "Lucas-Aerospace" ausreichend bewiesen, daß dies grundsätzlich möglich ist. Sie haben gemeinsam mit ihren Vertrauensleuten einen Plan zur Herstellung eines grundsätzlich anderen Produkte-Programms ausgearbeitet. Mit denselben Maschinen und Werkzeugen wollen sie lieber wirtschaftlichere Produkte als Bomben bauen, nur das kapitalistische Management des Betriebs weigert sich bisher.

Dasselbe muß grundsätzlich auch in der Atomindustrie möglich sein!

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ENERGIEPLANUNG UND -PRODUKTION!

Die kapitalistische Energiewirtschaft hat versagt, wenn sie nur auf dem Rücken massiver Gesundheits- und Lebensgefährdung die Energieversorgung weiter sichern kann! Ihr Antrieb ist die Profitsucht. Versorgungssicherheit, Umweltschutz, Unfallverhütung und Wirtschaftlichkeit kommen dabei zwangsläufig zu kurz. Es gilt, alternative Energiequellen gründlich zu erforschen und zu nutzen. Beispielsweise strahlt selbst in

der BRD, einem relativ sonnenarmen Land, jährlich ca. 80mal soviel Sonnenenergie ein als an Gesamtenergie verbraucht wird. Ein massives staatliches Forschungsprogramm ist zu diesem Zweck notwendig.

Eine Geheimstudie des Ölkonzerne BP gibt zu, daß in der BRD billig ca. 21.000 Megawatt elektrischer Energie "nebenbei" erzeugt werden könnten, würde man die industrielle Abwärme zu diesem Zweck über Industriekraftwerke leiten. Das entspricht der Leistung von 21 AKWs von je 1.000 MW, wird aber nicht genutzt, weil dies die Elektrizitätsmonopole mit ihrer Preispolitik verhindern. Es kommt darauf an, die eingesetzte Energie besser zu nutzen, nicht blindlings zu verschleudern. Beispielsweise würde die Einführung des schwedischen Standards der Wärmeisolierung von Gebäuden 74% der gegenwärtig verpulverten Raumheizenergie einsparen (und für die Dauer von 20 Jahren 240.000 Arbeitsplätze schaffen). Stromsparende Elektrogeräte könnten innerhalb von 10 Jahren eingeführt werden und so viele Megawatt Strom sparen, wie durch Bau von AKWs im selben Zeitraum nicht eingebracht werden können.

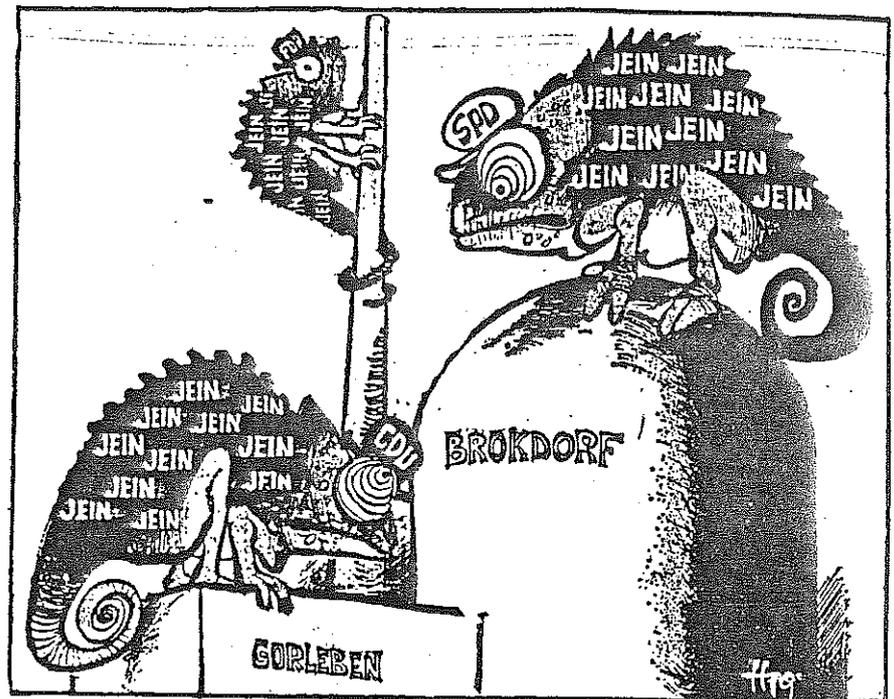
Das kapitalistische System ist daran nicht interessiert. Es ist auf reine Expansion bedacht. Deshalb muß es ersetzt werden durch eine gesellschaftlich geplante Produktionsweise unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung. Erst dann bestehen die Voraussetzungen dafür, gleichzeitig ökologische und ökonomische Sicherheit für alle Arbeiter, ihre Familien und die gesamte Gesellschaft zu gewährleisten...

Atomkraft und Energiepolitik

"Ohne Atomkraft geh'n die Lichter aus!" — Mit dieser Angstparole wird von der Atomindustrie Propaganda gemacht: für den Ausbau der Kernenergie.

Doch Atomkraft ist gefährlich. Niemand kann garantieren, daß es nicht irgendwann zu einer Katastrophe kommt. Die Unfallgefahren der AKWs spielen die Atomgewinnler systematisch herunter. Geschehene Störfälle verschweigen sie der Öffentlichkeit. Beispielsweise haben sie für das Jahr 1976 nur 14 "sicherheitstechnisch relevante Vorkommnisse" (so heißen gefährliche Störfälle in Behördendeutsch) zugegeben. In Wirklichkeit waren es 10mal so viele: nämlich 139. Dies ist in einem Geheimpapier der AKW-Betreiber nachzulesen, das der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) veröffentlicht hat.

Angenommen, man könnte Unfallgefahren ausschließen. Selbst dann fallen im störungsfreien "Normalbetrieb" Unmengen hochgiftiger und radioaktiver Abfälle an. Wohin damit? "In Salzstöcken lagern", sagt die Atommafia. "Zu unsicher", haben kompetente Wissenschaftler nachgewiesen. Andere Alternativen? — "In's Meer damit!" Das geschieht zum Teil schon seit Jahrzehnten. Das aggressive Meerwasser zerfrißt jedoch selbst die besten Edelstahlfässer innerhalb von 20 Jahren. Die ersten der vor 20 Jahren in's Meer geschmissenen Fässer sind schon undicht... "Auf'n Mond schießen!" Auch dieser Vorschlag wurde ernsthaft gemacht. Aber wer



soll das bezahlen? Und wenn die Rakete abstürzt?!

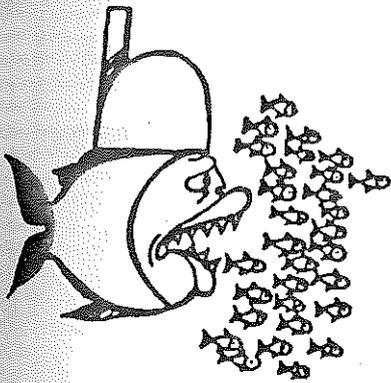
Nach spätestens 25 Jahren Betriebszeit sind die AKWs selbst zu radioaktivem Schrott geworden. Was dann? Niemand weiß eine sichere Antwort. An diesem Problem wird noch herumgewurstelt und -experimentiert. Beispiel: die strahlende Atomruine Niederaichbach (Bayern). Dieses AKW wurde 1979 nach nur 9 Tagen (!) Betriebsdauer unter Voll-Last endgültig stillgelegt. Grund: es funktionierte nicht wie geplant. Der Abriss ist in Vorbereitung. Die Technik hierzu muß sich allerdings erst noch jemand ausden-

ken. Ferngesteuerte Abrißgeräte und -roboter müssen entwickelt und erprobt werden. Wieviel das kostet? Das weiß keiner. Der Bau des Kraftwerks hat insgesamt 240 Millionen DM gekostet (wobei die Planung ursprünglich von nur 100 Millionen DM ausging). Die Abriß- und Beseitigungskosten der Strahlenruine werden heute auf 130 Millionen DM geschätzt. Wie weit werden sie in Wirklichkeit anwachsen?

Selbst im Normalbetrieb geben Atomkraftwerke Radioaktivität an die Umwelt ab. Das ist sogar erlaubt (jaja, so sind die Gesetze!) — bis hin zu einer gewissen



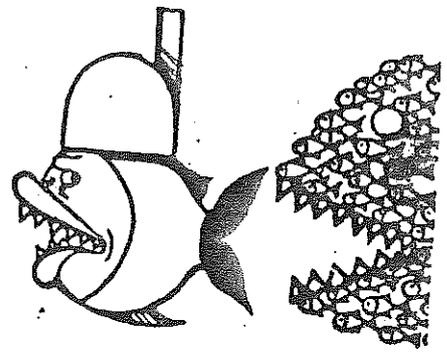
EINES TAGES, MEIN SOHN, WIRD DIES ALLES DIR GEHÖREN, UND DEINEN KINDERN, UND DEREN KINDERN...



Höchstgrenze. Und wer kontrolliert, ob die Strahlung dauernd unter der Höchstgrenze bleibt? Die AKW-Betreiber selbst! Können wir denen trauen?

Auch wenn wir mal glauben, daß die Strahlung unter der erlaubten

Höchstgrenze bleibt: Jede (auch noch so kleine) Dosis von Radioaktivität ist schädlich! Das ist wissenschaftlich unbestritten. Krebs, Erb- und Stoffwechselkrankheiten sind die Folgen. Im Unterschied zur "natürlichen Umgebungsstrahlung" besteht künstliche Radioaktivität hauptsächlich aus radioaktiven Teilchen. Diese werden in lebende Zellen eingebaut. Im Laufe der Zeit sammeln sie sich auf diese Weise an. Das radioaktive Strontium-90 beispielsweise häuft sich in Knochen an. In manchen Organen können die Konzentrationswerte bestimmter radioaktiver Stoffe das Millionenfache der durchschnittlichen Umgebungskonzentration erreichen. — Unschädlich? Wer's glaubt, wird



selb. . .

Hinzu kommt die Wärmebelastung der Umwelt. In einem funktionierenden AKW wird nur ein Viertel der erzeugten Energie in Strom verwandelt. Drei Viertel werden als "Abwärme" nutzlos an

DAS MÄRCHEN VON DER „STROMLÜCKE“

Gehen ohne Atomkraft wirklich die Lichter aus? Könnten wir es wagen, die bestehenden AKWs abzuschalten? — Wir haben es nachgeprüft. Aus dem "Statistischen Jahresbericht der Elektrizitätswirtschaft für das Jahr 1979" (neuere Zahlen hat die Atom-Mafia leider noch nicht rausgerückt) geht hervor:

— Im Jahresdurchschnitt waren '79 nur 48,3% der öffentlichen Kapazitäten zur Stromerzeugung ausgelastet. Bei einer Gesamtkapazität von 76.200 MegaWatt (MW) lagen im Jahresdurchschnitt 39.400 MW brach.

— zum Zeitpunkt des Spitzenverbrauchs 1979 (das war in jenem Jahr der 17. Januar um 9.00 Uhr) waren die Kapazitäten zu 65,9% ausgelastet. Mehr als ein Drittel der Kapazitäten (oder 26.000 MW) brauchten also selbst an dem Zeitpunkt nicht genutzt zu werden, wo Engpässe am ehesten drohen.

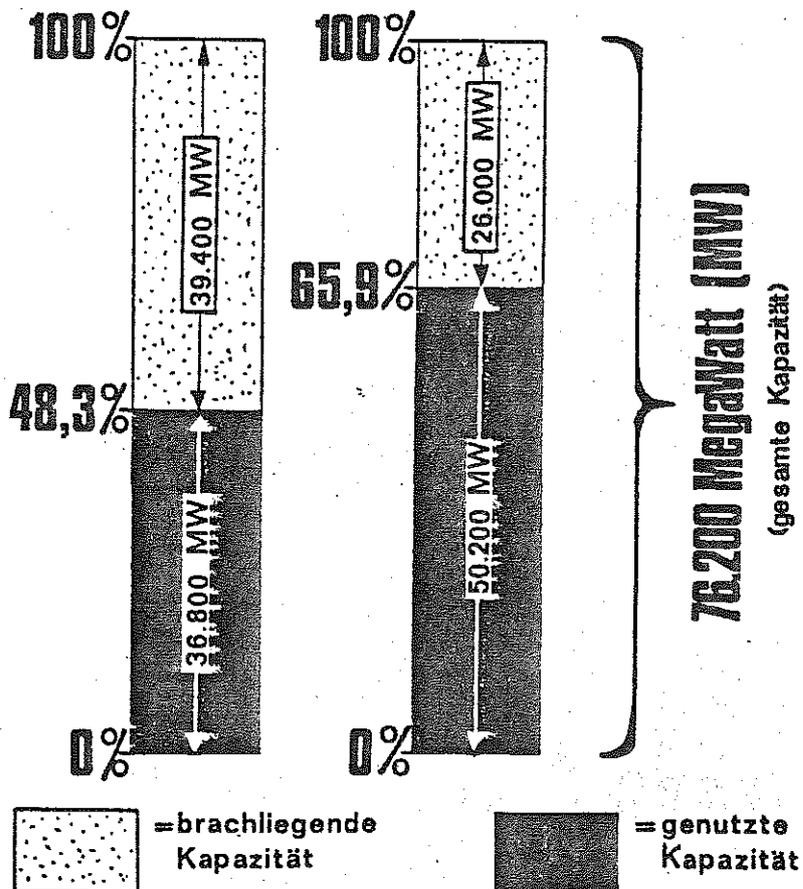
Atomkraft machte 1979 nur 12% (oder 9.150 MW) der Gesamtkapazität aus. Zudem waren die Kapazitäten der AKWs nur zu 47% ausgenutzt, d. h. sie lagen die Hälfte der Zeit ohnehin still — wegen Reparaturen und Störungen! Legte man sie ganz still, dann bestünden immer noch Überkapazitäten von 30.250 MW (im Jahresdurchschnitt) bzw. 16.850 MW (zum Zeitpunkt der Spitzenlast).

Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVUs) geben zu, daß eine "Sicherheitsreserve" von 8% ausreicht, um eine sichere Versorgung zu gewährleisten. Gegenwärtig haben sie eine Sicherheitsreserve (inkl. Atomkraft) von mehr als 50%! Das reicht — bei stillgelegten AKWs! — aus, um 17 Jahre lang jährliche Verbrauchssteigerungen von 2% zu decken und hinterher immer noch die erforderliche 8%ige Sicherheitsreserve zu haben!

Kapazitäts-Auslastung der deutschen Elektrizitätswerke im Jahre 1979

im Durchschnitt des Jahres 79:

im Winter (Zeitpunkt des Spitzenverbrauchs) am 17. Januar um 9.00 Uhr:



Grafik: Kupfe/VORAN

(Nicht vergessen: die weltweiten kapitalistischen Krisen in den nächsten Jahrzehnten. Es ist mehr als zweifelhaft, ob in der kommenden Periode der Stromverbrauch mit 2% jährlich steigen wird.)

KERNENERGIE VERURSACHTE IHRE ENERGIEKRISE...



© M. VORAN

die Umwelt verschleudert. Diese Abwärme ist nicht nur nutzlos – sie ist auch schädlich! Sie heizt beispielsweise Flüsse auf. Erwärmung von Flußwasser führt gleichzeitig zu sinkendem Sauerstoffgehalt und zu erhöhtem Sauerstoffverbrauch der darin enthaltenen Lebewesen. Wenn das Leben im Fluß mal zu ersticken anfängt, setzt Fäulnis

ein: die verbraucht den noch vorhandenen Restsauerstoff. Der Fluß "kippt um" und wird zur stinkenden Kloake, die kein Trinkwasser mehr hergibt.

Atomkraft ist nicht unbegrenzt. Die weltweiten Uranvorkommen reichen nur wenige Jahrzehnte (weniger noch als die Kohlevorräte!). Sie ließen sich zwar durch die "Wieder-

aufarbeitung" der abgebrannten Brennstäbe etwas strecken. Jedoch gibt es bisher nur eine einzige nukleare Wiederaufbereitungsanlage in der ganzen Welt, die wenigstens hin und wieder funktionierte: in La Hague (Frankreich). Sie erreichte nie ihre vorgesehene Aufarbeitungskapazität. Serienweise war sie von Störfällen und Unglücken gebeutel.

KAPAZITÄTSAUSBAU AUCH OHNE AKWS MÖGLICH

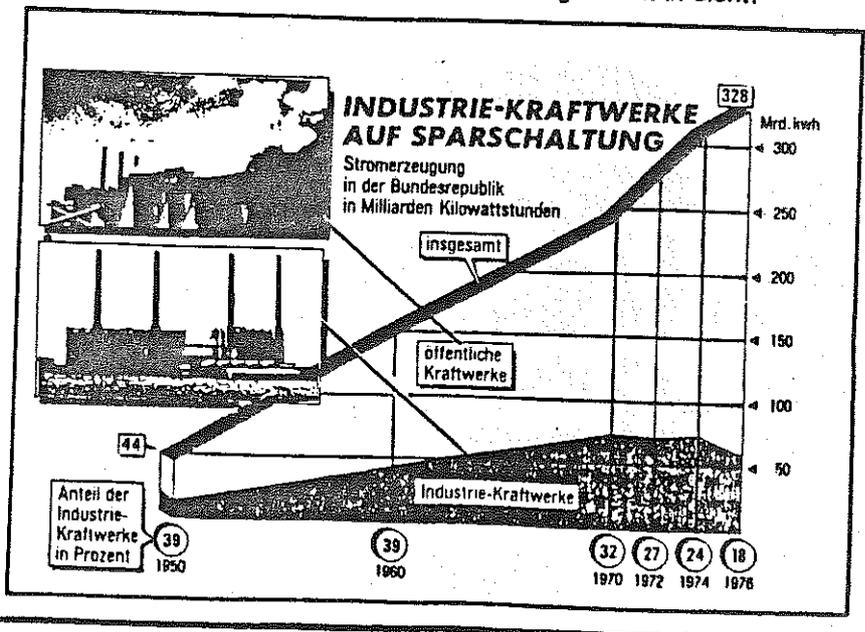
Der zusätzliche Ausbau der Kapazitäten zur Stromerzeugung ohne AKWs ist ohne weiteres drin:

1) Wenn die Hitze genutzt würde, die täglich aus 25.000 industriellen Dampfkesseln in die Luft verpulvert wird, könnte gewissermaßen "nebenbei" Strom erzeugt werden. Innerhalb von 10 Jahren ließen sich auf diese Weise mindestens 21.000 MW zusätzliche Kapazität mobilisieren. Das hat der Energiekonzern BP in einer vertraulichen Studie ausgerechnet. Ähnliches hat das Bundeskartellamt im Dezember 1977 amtlich festgestellt. (21.000 MW entsprechen der Kapazität von rund 20 funktionierenden – also 40 zu bauenden! – Groß-AKWs.)

2) Ungefähr 20 Baugenehmigungen für Kohlekraftwerke modernster Bauart (umweltfreundlich!) sind zur Zeit erteilt. Gebaut werden sie trotzdem nicht. Die EVUs beharren lieber auf Atomkraftwerken. (Damit läßt sich anscheinend mehr verdienen!). Die Kapazität der genehmigten, aber nicht gebauten Kohlekraftwerke: 8.000 MW (vorsichtig geschätzt).

3) Ein riesiges Potential von alternativen Energiequellen ist noch ungenutzt: Sonne, Wind, Erdwärme, Meer usw. Alleine in der BRD (einem relativ sonnenarmen Land!) strahlt jährlich 80mal so viel Sonnenenergie ein wie der gesamte Energieverbrauch beträgt. Weltweit strahlt das 14.000fache des Weltbedarfs ein.

Nutzte man nur die ersten beiden der genannten Möglichkeiten zu zusätzlicher Stromerzeugung bei stillgelegten AKWs, dann stünden Kapazitäten (nämlich fast 100.000 MegaWatt) zu Verfügung, die ein 2%iges Wachstum für 30 Jahre zuließen. "Grenzen des Wachstums"? – Im Elektrizitätsbereich jedenfalls noch längst nicht in Sicht!



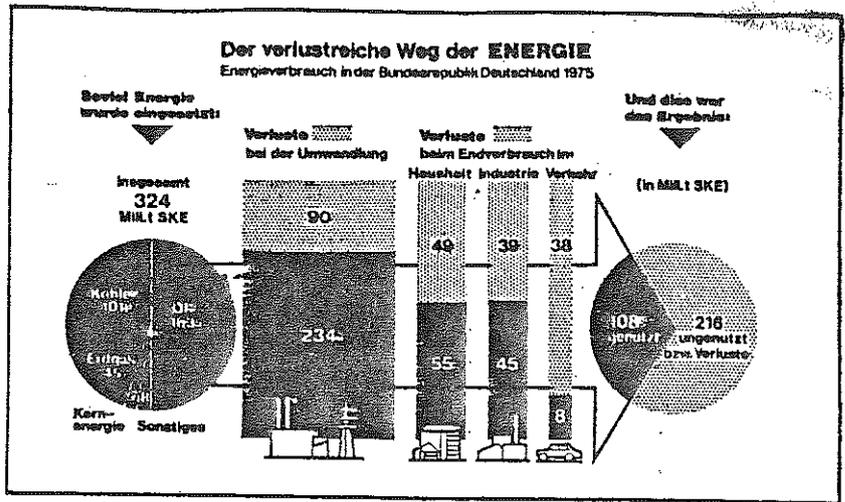
ENERGIESPAREN DURCH BESSERE NUTZUNG MÖGLICH

Auch ohne Atomkraft könnten die Stromerzeugungskapazitäten noch auf Jahrzehnte hinaus ausgebaut werden (siehe Kasten). Dabei ist längst erwiesen: der Verbrauch (und damit die Produktion) von Strom muß gar nicht wachsen. Durch bessere Nutzung läßt er sich sogar senken – ohne irgendeine Einbuße in unserem Lebensstandard! Nur ein paar Beispiele:

- Durch Wärmerückgewinnung aus dem Abwasser lassen sich 33% – 50% der zur Warmwasserbereitung benötigten Energie einsparen.

- Die Einführung des schwedischen Standards der Gebäudeisolierung in der BRD würde 75% der Raumheizenergie einsparen; gleichzeitig würden für die Dauer von 20 Jahren 240.000 Arbeitsplätze geschaffen.

- Bei industriellen elektrischen Antrieben gehen 50% – 70% der vom Motor abgegebenen Leistung wegen schlechter Konstruktion der Antriebsübertragung verloren; schaltet man nur die Hälfte dieser Verluste aus – was technisch leicht möglich ist – dann würden



jährlich 60 Millionen Megawatt-Stunden Strom gespart. Das entspricht der Jahresproduktion von 12 (!) Groß-AKW's mit je 1.300 MW Leistung.

- Elektrische Haushaltsgeräte könnten mit 66% weniger Strom auskommen (bei nur 10% – 15% Mehrkosten). Sie werden nur deshalb nicht eingeführt, weil der Elektro- und Atomfanz der Groß-

konzerne an einem hohen Stromverbrauch interessiert ist!

Das sind nur wenige Beispiele. Sie beweisen: die kapitalistische Marktwirtschaft versagt auch im Bereich der Energieversorgung. An ihre Stelle muß eine volkswirtschaftliche Planung der Energieerzeugung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung treten!

Deshalb wurde sie Ende 1980 vorläufig stillgelegt.

Atomstrom ist teurer als anders erzeugter Strom. Auch wenn die Atomlobby das Gegenteil behauptet. Die rechnet nämlich nur einen Teil der Kosten und "vergißt" den Folgetribut für Abriß, Endlagerung, Bewachung und gesundheitliche Schäden. Und warum wohl hat Hamburg mit dem höchsten Atomstromanteil aller Bundesländer gleichzeitig die höchsten Strompreise in der BRD?!

Die EVUs bauen einerseits sinnlose Kapazitäten auf und wollen diese sogar mit aller Macht noch erweitern. Um diese (Über-)Kapazitäten auch an die Verbraucher loszuwerden, organisieren sie großangelegte Werbekampagnen: "Heizt mit Strom! Strom ist billiger (?) und sauberer!" Auf diese Weise wollen sie den Verbrauch künstlich steigern. Das hat mit der rationalen Befriedigung un-

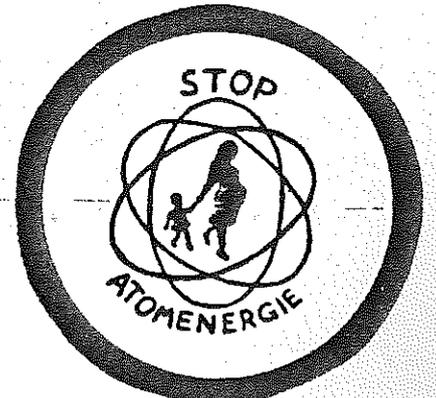


serer Bedürfnisse nichts zu tun! Das dient lediglich dazu, größtmögliche Profite herauszuschlagen. Eine kleine, radikale Minderheit von Großunternehmen hat dabei den gesamten "Markt" in der Hand. Die nimmt keinerlei Rücksicht, wenn's um Ihre Geschäfte geht: weder auf die Umwelt, noch auf die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung. Für ihr Profitstreben geht sie sogar über Leichen!

Es ist ein Märchen der AKW-Betreiber, daß die "friedliche" und die "militärische" Verwendung der Atomspaltung nichts miteinander zu tun hätten. Eine voll funktionierende "friedliche" Atomindustrie ist die

Voraussetzung für eine großangelegte Atombombenproduktion. Jede Wiederaufbereitungsanlage von der Art, wie sie jetzt der hessischen Bevölkerung ins Nest gelegt werden soll, stellt Plutonium in Massen her, den wichtigsten Atombombenrohstoff. Wer von uns weiß denn schon, welche militärischen Pläne die obersten Herren der Atomindustrie insgesamt verfolgen?

Die Widerstandsbewegung gegen AKW's hat bereits seit einigen Jahren erreicht, daß das Atomprogramm in seiner praktischen Durchführung fast zum Stillstand gebracht wurde. Klar, daß jetzt die Atombose alle Register ziehen: Demonsterverbot gegen Atomgegner, brutale Polizeieinsätze gegen Atomgegner, Verhaftungen von Atomgegnern, Berufsverbote gegen Atomgegner, Prozesse gegen Atomgegner, Gefängnisstrafen für Atomgegner... Wo wird das alles enden?



Die Zickzacks der ganzen Energiepolitik der Nachkriegszeit zeigen, was dabei herauskommt, wenn man alles dem Markt und dem Profitinteresse einiger Großkonzerne überläßt.

In den 50er Jahren spielte die Kohle noch eine entscheidende Rolle (Heizung, Eisenbahn!), in den 60er Jahren wurde sie immer mehr zugunsten des Öls zurückgedrängt. Zechen wurden stillgelegt, fast jeder stellte auf Ölheizung um. Der Ölstrom, so wollten es uns die Ölkonzerne einreden, würde nie versiegen. Erst die "Ölkrise" 1973 mit der seither erfolgten Preisexplosion hat wieder zum Nachdenken gezwungen. Plötzlich wird wieder die heimische Kohle entdeckt. Und auf einmal fangen alle an, vom Energiesparen zu reden. Nicht nur diejenigen Kapitalisten, die von der Energiesparwelle profitieren. Hochglanz-Broschüren geben einem Tips und Ratschläge. Aber die Einsparmöglichkeiten für den Einzelnen sind begrenzt. Solange beispielsweise nicht konsequent Abwärme in Fernwärme umgewandelt, solange nicht die (schon entwickelten) verbrauchsarmen Benzinmotoren (5 Liter pro 100 km) serienmäßig produziert werden, solange werden diese Energiesparkampagnen nur zu einem führen: Der Normalbürger, der offensichtlich nicht genug Energie



sparen kann oder will, soll verantwortlich gemacht werden. Man will uns die Pistole auf die Brust setzen: Weil ihr nicht auf Energie und Lebensstandard verzichten wollt — deshalb brauchen wir die Kernenergie.

Energiesparen — recht und gut. Aber der entscheidende Anstoß kann nur von gesamtwirtschaftlichen Lösungen kommen. Es kann sich nicht jeder Arbeiter in Eigeninitiative einen teuren Sonnenkollektor aufs

Dach schrauben, und es kann sich auch nicht jeder im Wald Holz holen, sonst wäre es bei uns bald so kahl wie in Jugoslawien, Italien oder Spanien.

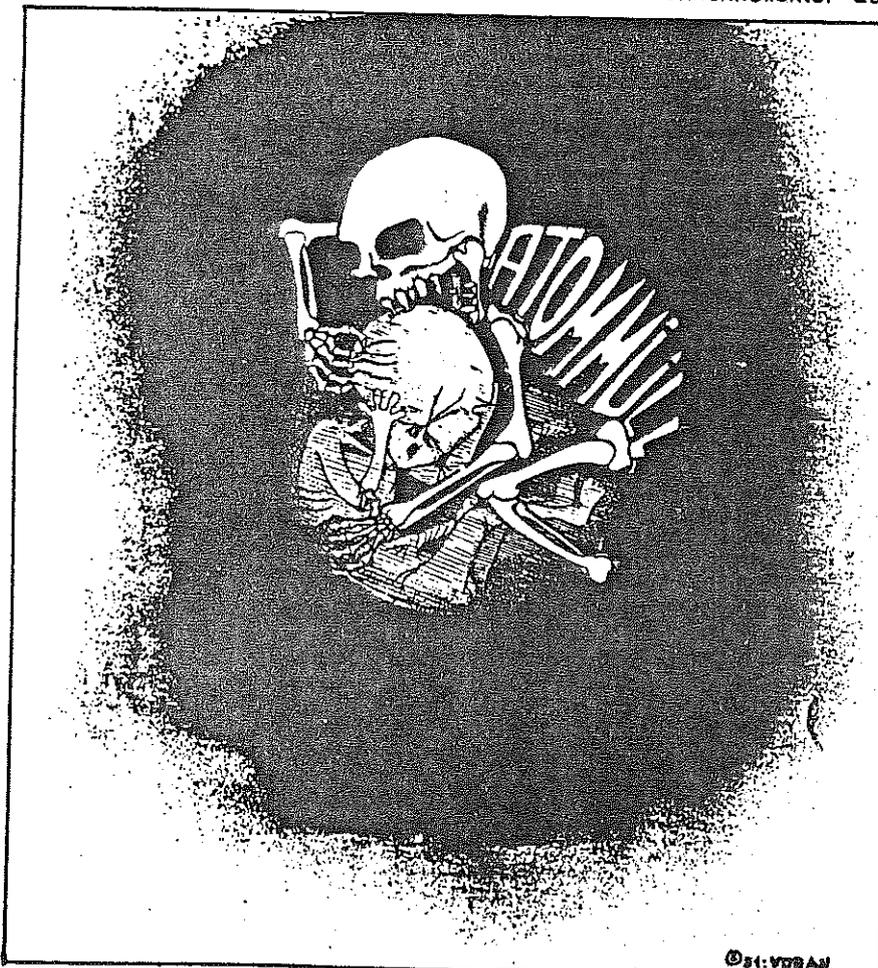
Wir brauchen eine gesamtgesellschaftlich geplante alternative Energieversorgung, um die vorhandene Gesamtenergie so sparsam und nützlich wie möglich einzusetzen.

Es gibt nur eine Kraft, welche das Atomprogramm endgültig stoppen kann: die organisierte Arbeiterbewegung. Sie ist (bei heute fast acht Millionen DGB-Gewerkschaftern) die potentiell stärkste Macht in der heutigen Gesellschaft.

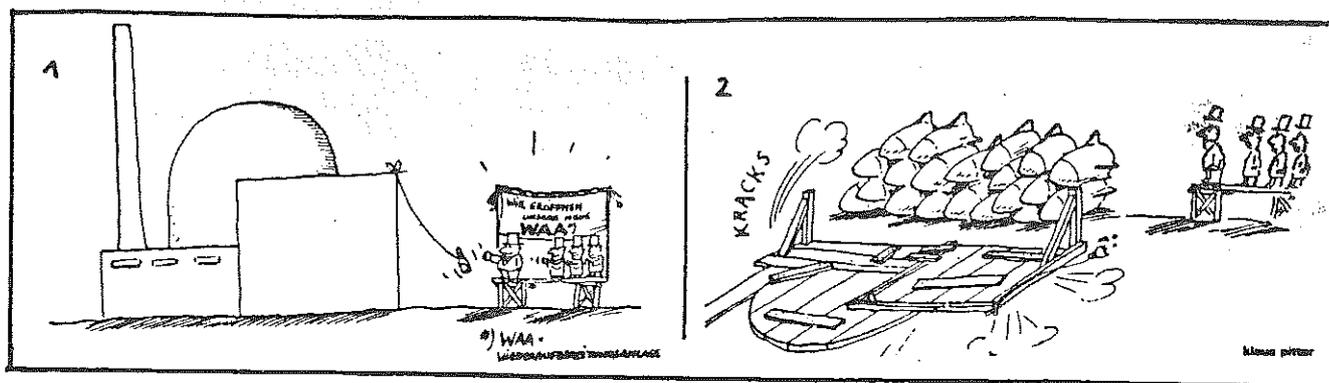
Gegen ihren Widerstand kann die Anti-AKW-Bewegung nichts durchsetzen. Nur mit ihrer Sympathie und ihrer Unterstützung werden sich die AKW's stillen lassen. Die Atomindustrie hat es bisher jedoch mit Erfolg verstanden, weite Teile der Arbeiterklasse, des DGB und der SPD hinter sich herzuführen. Ihre falsche Propagandaparole "Atomkraft schafft Arbeitsplätze" wirkt. Im DGB ist bisher eine breite Diskussion über die Atomfrage verhindert worden.

Die Anti-Atom-Bewegung muß sich unbedingt diesem Problem zuwenden. Die Lügen der Atomindustrie müssen entlarvt werden. Unsere Fakten, Zahlen und Argumente sprechen eine eindeutige Sprache. Wir müssen sie offensiv innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung, in SPD und DGB vortragen, um dadurch die Mehrheit der Arbeitnehmer für uns zu gewinnen.

Wir müssen klarmachen: Atomstrom ist zu teuer, zu unsicher, zu gefährlich und auch völlig überflüssig! Es ist genug Energie da — sie muß richtig und planvoll genutzt werden.

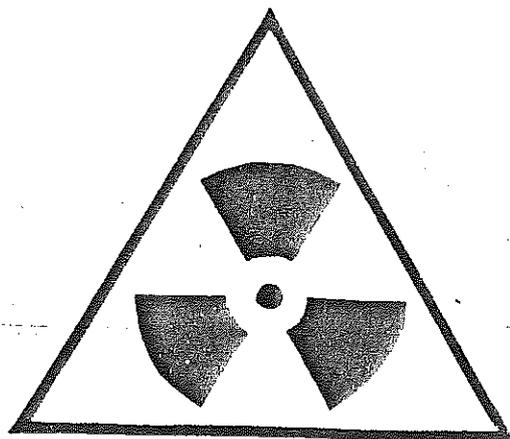


© 51: VORAU



Deshalb fordern wir:

- *Für eine breite, freie und demokratische Diskussion über die Atomkraftnutzung in der Mitgliedschaft von SPD und DGB!
- *Keine Kriminalisierung von Atomkraftgegnern! Keine Polizeibehinderungen von Demonstrationen und Protestaktionen mehr!
- *Freilassung aller unschuldig inhaftierten Atomkraftgegner! Untersuchung aller Zwischenfälle auf Demonstrationen durch unabhängige Kommissionen, die aus Vertretern der Betroffenen und der Gewerkschaften zusammengesetzt sind!
- *Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!
- *Kein Export von Atomtechnologie ins Ausland!
- *Überführung aller am Energie- und Atomgeschäft beteiligten Firmen (Versicherungen, Banken, Atomindustrie, Elektrokonzerne, Ölkonzerne, Elektrizitätserzeugung) in 100%iges Gemeineigentum!
- *Keine Vertreter privater Konzerne mehr in den Aufsichts- und Kontrollräten öffentlicher Unternehmen!
- *Kontrolle und Verwaltung dieser in Gemeineigentum überführten Unternehmen durch die arbeitende Bevölkerung und die DGB-Gewerkschaften!
- *Keine Entlassungen in der Atomindustrie! 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle Beschäftigten!
- *Umrüstung der Atomindustrie auf alternative Produktion! Ausarbeitung eines Planes hierzu durch die DGB-Gewerkschaften und die Beschäftigten selbst!
- *Ausarbeitung eines volkswirtschaftlichen Planes zur rationellen Erzeugung von Strom und Energie!
- *Sofortige Anstrengungen, um die industrielle Abwärme zur Stromerzeugung zu nutzen!
- *Sofortige Erforschung und Entwicklung der alternativen Energiequellen (Sonne, Wind, Erdwärme, Meer usw.) unter Einsatz massiver staatlicher Finanzmittel!
- *Sofortige Maßnahmen, um die bessere und rationellere Nutzung von Energie und Elektrizität in die Tat umzusetzen!
- *Rechtzeitiger Bau der bereits genehmigten und umweltfreundlichen Steinkohlekraftwerke!
- *Für eine sozialistische Planwirtschaft auf dem Energiesektor – für die Anwendung modernster Erkenntnisse aus Technik, Wissenschaft und Ökologie bei der Energieerzeugung!
- *FÜR EINE SOZIALISTISCHE ENERGIEPOLITIK!



Wie man alle Atomkraftwerke abschalten kann, ohne dass die Lichter ausgehen..

Im Kapitalismus findet eine riesige Energieverschwendung statt. Trotz dieser Energievergeudung existieren gigantische Überkapazitäten bei den Stromerzeugern.

"Wir brauchen diese großen Kapazitäten, damit im Notfall immer eine Reserve zur Verfügung steht," behaupten die Elektrizitätsversorgungs-Unternehmen (EVU). Was sind die Tatsachen?

Tatsache Nr. 1: In den letzten Jahren waren die öffentlichen Kapazitäten zur Stromerzeugung im Jahresdurchschnitt nur zu ca. 50% ausgelastet (natürlich schwankt der Stromverbrauch je nach Jahres- und Tageszeit.).

Tatsache Nr. 2: In den letzten Jahren waren die öffentlichen Stromerzeugungskapazitäten zum Zeitpunkt des Spitzenverbrauchs (das ist meistens am kältesten Wintertag des Jahres, morgens zwischen 8 und 9 Uhr) nur zu ca. 66% ausgelastet (Quellen: Jahresberichte des Referats Elektrizitätswirtschaft im Bundesministerium für Wirtschaft).

An anderer Stelle geben die EVUs zu, daß eine "Sicherheitsreserve" von 8% ausreicht, um eine sichere Versorgung zu gewährleisten. Im Notfall springt nämlich das europäische Stromverbundnetz ein, daß von Schweden bis Sizilien und von Portugal bis in die Tschechoslowakei reicht. Dieser Stromverbund ist nichts anderes als eine kleine Planwirtschaft — die allerdings im kapitalistischen Sinne funktioniert!

Die gegenwärtige Sicherheitsreserve (gemessen am Spitzenverbrauch) liegt bei über 50%! Schaltet man alle AKWs ab — sie liegen wegen Funktionsmängel ohnehin die halbe Zeit still! — dann bestünden immer noch Überkapazitäten von rund 17.000 Mega Watt oder 36%, gemessen an der Verbrauchsspitze. Das reicht aus, um 14 Jahre lang eine jährliche Verbrauchssteigerung von 2% abzudecken und hinterher immer noch die erforderliche 8%ige Sicherheitsreserve zu haben

Warum werden dann gefährliche Atomanlagen gebaut? Weil im kapitalistischen System große Monopole riesenprofite damit machen können. Sie nehmen keinerlei Rücksicht, wenn's um Geschäfte geht: weder auf die Umwelt, noch auf die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung.

Für ihr Profitstreben geht sie sogar über Leichen!

Welche gesellschaftliche Kraft könnte sich diesen Kapitalinteressen erfolgreich entgegenstellen und das Atomprogramm entgültig stoppen? Es gibt nur eine: die organisierte Arbeiterbewegung. Sie ist mit fast acht Millionen Gewerkschaftsmitgliedern die potentiell stärkste Macht in der Gesellschaft.

Gegen ihren Widerstand kann die Anti-AKW-Bewegung nichts durchsetzen. Nur mit ihrer Sympathie und Unterstützung werden sich die die AKWs stilllegen lassen. Die Atomindustrie hat es jedoch mit Erfolg verstanden, weite Teile der Arbeiterklasse, des DGB und der SPD hinter sich herzuführen. Ihre falsche Propagandamethode "Atomkraft schafft Arbeitsplätze" wirkt. Im DGB ist bisher bisher eine breite Diskussion über die Atomfrage verhindert worden.

Die Anti-Atom-Bewegung muß sich unbedingt diesem Problem zuwenden. Die Lügen der Atomindustrie müssen entlarvt werden. Unsere Fakten, Zahlen und Argumente sprechen eine eindeutige Sprache. Wir müssen sie offensiv innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung, in SPD und DGB, vortragen, um dadurch die Mehrheit der Arbeitnehmer für uns zu gewinnen.

Wir müssen klar machen: Atomstrom ist zu teuer, zu unsicher, zu gefährlich und auch völlig überflüssig! Es ist genug Energie da — sie muß nur richtig und planvoll genutzt werden.

Wir brauchen eine gesamtgesellschaftlich geplante alternati-

ve Energieversorgung, um die vorhandene Gesamtenergie so sparsam und nützlich wie möglich einzusetzen.

Die Vorteile liegen klar auf der Hand:

*Es wird nach Bedarf produziert noch nach Profit. Sinnlose Überkapazitäten werden vermieden.

*Durch planmäßige Entwicklung alternativer Energiequellen können die Kapazitäten umweltfreundlich aufgestockt werden, sobald es wirklich nötig ist (siehe Kasten).

*Eine gesamtgesellschaftlich geplante Verbesserung der Nutzung vorhandener Energiequellen wird den Verbrauch sogar senken können (siehe Kasten).

Hierfür ist allerdings nötig, zuerst die Energiewirtschaft den Klauen der Großkonzerne und Banken zu entreißen. Denn man kann nicht planen, was man nicht kontrolliert. Und man kann nicht kontrollieren, was man nicht besitzt.

In einer sozialistischen Planwirtschaft, die unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung steht, wäre es höchst einfach, ein gesamtgesellschaftlichen Produktionsplan zur rationalen und umweltfreundlichen Energieerzeugung zu erstellen. Alle AKWs könnten sofort stillgelegt werden. Kein Arbeiter in der Atomindustrie bräuchte seine Entlassung zu befürchten: diese Unternehmen könnten auf die Produktion alternativer Energiequellen umgerüstet werden.

Kurt Pfeifle, Juso, Aachen



Gorleben-Demonstration mit 100.000 kurz nach dem Harrisburg-Unfall